

Essen, Trinken, Sport: Big Brother sorgt sich um uns

Der Bund schiebt das öffentliche Wohl vor, um zwei neue Aktionsprogramme zu implementieren, die immer stärker einerseits ins Privatleben, andererseits in die Kompetenzen der Kantone und Sozialpartner eingreifen.

Von P.-G. Bieri, Centre Patronal

Zu jedem Jahreswechsel sehen wir uns mit neuen, manchmal Förder-, meist Zwangsmassnahmen konfrontiert, die uns zu einem gesünderen und damit besseren Leben verhelfen sollen. Gleichzeitig machen ständig neue, politisch mehr oder weniger fortgeschrittene Projekte von sich reden. Diese Kumulation führte in letzter Zeit sogar die Medien dazu sich zu fragen, ob wir mit all den generellen Einschränkungen der individuellen Freiheit nicht zu weit gehen.

Die grundsätzlichen philosophischen Fragen, die sich daraus ergeben, beeindrucken und beschäftigen die Behörden offensichtlich nicht: Unbeirrt präsentieren sie uns ein «Nationales Programm Alkohol 2008–2012 (NPA)» und ein «Nationales Programm Ernährung und Bewegung 2008–2012 (NPEB)».

Die beiden Programme rufen kurz vor Ablauf ihrer Anhörungsfrist nach einigen spezifischen, durchaus kritischen Bemerkungen insbesondere in Bezug auf den Alkohol. Nach und nach wird in arglistiger Art und Weise versucht, dieses Produkt den illegalen Drogen gleichzustellen und die Möglichkeiten des Verkaufs, auch an vernünftige und verantwortungsvolle Konsumenten, stetig einzuschränken. Es ist zu befürchten, dass sich der in den letzten Jahren hart geführte Krieg gegen die Raucher auf die Weinkonsumenten ausdehnt, als ein Beispiel... Bei Fragen zu Ernährung und Sport scheinen die Behörden weniger dirigistischen Ehrgeiz entwickelt zu haben – jedenfalls zurzeit noch. Das Programm soll im Bürger die Lust wecken, sich gesünder zu ernähren und mehr zu bewegen, ohne dass es konkrete Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele aufführt. Man erkennt jedoch darin die ungute und beunruhigende Tendenz, Essen ausschliesslich unter gesundheitshygienischen Gesichtspunkten zu betrachten.

Grundsätzlich und vor allem sind solche Programme eine stetige Entwicklung hin zu einem «Big-Brother-Staat», für den das von ihm definierte öffentliche Wohl über allem steht und die fast grenzenlose Einschränkung der individuellen Freiheit und Intervention ins Privatleben zulässt, ohne klare Grenzen zu setzen. Und alles natürlich nur zu unserem Besten.

Dabei unterliegen die Bundesbehörden einem zweifachen Irrglauben: Erstens demjenigen, dass alle Probleme zwingend besser durch Staatsintervention als mit Eigenverantwortung und im familiären oder beruflichen Umfeld gelöst werden könnten; und zweitens demjenigen, dass zum Ergreifen von Massnahmen die Bundesbehörden prädestinierter seien als Kantone und Gemeinden. Insbesondere stützt sich eine stattliche Anzahl der vorgeschlagenen Massnahmen im Nationalen Programm Alkohol auf eine unge-

nügende verfassungsrechtliche Grundlage oder entbehrt ihr sogar. Bedenklich ist auch, dass der moralische Anstrich, der gewissen Aktionen verliehen wird, eine sachliche politische Reflexion und Entscheidung nahezu verunmöglicht.

Staatsinterventionismus und Zentralisierung versprechen weder Erfolg noch Wirtschaftlichkeit. Im Gegenteil: Hinter den als grossherzig getarneten Zielen verstecken sich nur allzu oft Macht-

spiele, persönlicher Ehrgeiz, Rivalität zwischen verschiedenen Amtsstellen, Rechtfertigungsversuche für Verwaltungsstellen – und nicht zu vergessen wirtschaftliche Interessen gewisser Dienstleister – notabene auf dem Buckel der Steuerzahler. Auch dieser letzte Punkt ist durchaus erwähnenswert und ein Grund mehr, solche kostspieligen und ineffizienten Programme abzulehnen.



Foto: ZVG